

# Samtgemeinde-Themen zu „Häuslingen-lastig“?

Ausgleich für Verwaltungsarbeit gefordert

**Für Zündstoff sorgte bei der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Samtgemeinde Rethem am Donnerstag ein Antrag von Torsten Gudehus (CDU, Gemeinde Häuslingen). Darin fordert er für die Gemeinden, die ihre Verwaltungsgeschäfte selbst erledigen – also derzeit nur für die Gemeinde Häuslingen –, einen finanziellen Ausgleich über die Schlüsselzuweisungen. Ein Antrag, der bei der SPD weder auf Gegenliebe noch auf Konsensbereitschaft stieß.**

Rethem (sw). 8,50 Euro pro Einwohner, also 7200 Euro standen im Raum. Das Geld soll vorab aus den Schlüsselzuweisungen, die die Samtgemeinde Rethem an ihre Mitgliedsgemeinden verteilt, entnommen werden. Für Torsten Gudehus und die CDU wäre dieses Modell bei Bedarf übertragbar auf andere Mitgliedsgemeinden, die

derzeit allerdings alle die Verwaltungsaufgaben von der Samtgemeinde miterledigen lassen. Für die SPD und besonders Gert Jastremski (Bürgermeister der Gemeinde Böhme) ist das jedoch in erster Linie Sponsoring eines Ehrenamtes und „ganz auf die Person Dr. Kathrin Wrobel zugeschnitten“, die ohne „Kind und Kegel“ genug Zeit und Interesse an der Verwaltungstätigkeit habe. Die Häuslinger Bürgermeisterin fühlte sich davon persönlich angegriffen, ebenso wie von dem Vorwurf, die jüngsten Diskussio-

nen und Entscheidungen auf Samtgemeindeebene seien in letzter Zeit sehr „Häuslingen-lastig“. Dr. Kathrin Wrobel wehrte sich entschieden: „Die Arbeit ist nicht mal eben so mit links zu machen, und nicht jeder kann Gemeindedirektor.“ Und: „Ich verwahre mich gegen den Eindruck, dass Häuslingen der große Nutznießer der Samtgemeinde ist. Wir haben ein faires Angebot gemacht.“

Zudem sei die CDU, nachdem der Antrag bereits interfraktionell beraten worden sei, von einem Konsens ausgegangen. Die Interpretationen dieser interfraktionellen Beratungen gingen jedoch ebenso weit auseinander wie die Positionen zu dem vorliegenden Antrag.

Rethems Bürgermeister Frank Leverenz (CDU) versuchte zu vermitteln, doch die CDU mit

## **Kein Konsens möglich, der Rat muss entscheiden**

Carsten Poppe, Frank Leverenz, Torsten Gudehus und Dr. Kathrin Wrobel wick am Ende weder von der Höhe der Summe ab, noch ließ sich die SPD auf eine Beschlussfassung zunächst für ein Jahr ein. Am Ende gab es keine Einigung darüber, wie hoch der Wert der Verwaltungsarbeit eigentlich ist und ob die ausgebildeten Experten in der Samtgemeindeverwaltung diese Arbeit nicht effizienter und kostengünstiger erledigen können. Ein Kompromissantrag der SPD wurde abgelehnt, der Gudehus-Antrag landet mit vier zu drei Stimmen jetzt im Rat.

WZ, 12.04.2013